

Nachhaltige öffentliche Beschaffung und die Klimakrise

Den Hebel des Vergaberechts nutzen

> Jan-Karsten Meier

Mit einem Einkaufs- und Vergabevolumen von etwa 500 Milliarden Euro pro Jahr haben die Beschaffungsstellen von Bund, Ländern und Kommunen eine zentrale Marktmacht und erheblichen Einfluss auf die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Obwohl die Bundesregierung sich zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bekannt hat, bleiben Behörden aller Verwaltungsebenen hinter den Erwartungen zurück.

Die öffentliche Beschaffung muss als wirksamer Hebel im Kampf gegen die Klimakrise genutzt werden! Gerade in den Bereichen Bau, Energie, Fahrzeuge und Nahrungsmittel ist es dringend notwendig, dass dieser Geldfluss sofort in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen umgelenkt wird. Deshalb sind von der Bundesregierung zügige Gesetzesinitiativen zu fordern.

In vielen Behörden fehlt ein klares Bekenntnis der Leitungsebene und Kompetenz zu nachhaltiger Beschaffung. Das Vergaberecht ist kompliziert und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in der Praxis bislang leider zweitrangig. In den meisten Fällen ist der Angebotspreis das einzige und einfachste Zuschlagskriterium. Anbieter von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen werden erheblich benachteiligt.

Erst wenn positive und negative Umwelteffekte bei Vergaben eingepreist werden, kann fairer Wettbewerb zwischen allen bietenden Unternehmen stattfinden. Deshalb fordere ich, die Spielräume im Vergaberecht dafür zu

nutzen, soziale und ökologische Aspekte bei der Leistungserbringung stärker zu berücksichtigen. Eine Erweiterung von nachvollziehbaren Vergabekriterien kann den Kreis bietender Unternehmen und so das Angebot vergrößern, wovon wiederum auch die öffentliche Hand und die gesamten Märkte profitieren.

Messbare Kriterien sind nur so gut wie die Kontrolle zur Einhaltung dieser Ziele. Dafür ist eine transparente Datenerfassung und -pflege notwendig. Um die zahllosen kleinen Vergabestellen auf kommunaler Ebene zu entlasten, muss die Vergabekompetenz zentralisiert werden! Kompetenzcluster auf der mittleren Verwaltungsebene der Länder sind das beste Mittel für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen von Ländern und Kommunen.

Durch die Nachfragebündelung haben diese gut geschulten Kompetenzcluster eine starke, rechtssichere Verhandlungsposition und können von Einkaufsvorteilen profitieren. Die Verankerung auf mittlerer Verwaltungsebene fördert zudem die regionale Akzeptanz auf Anbieterseite, was kleine und mittlere Unternehmen ermutigen wird.

>Jan-Karsten Meier ist Vorstandsmitglied des BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V., Unternehmensberater und Grüner Ratsherr in der Stadt Essen; www.bnw-bundesverband.de



Foto: Anna Muysers